Das Magazin des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Ausgabe 3+4 16
5931

# Evangelische Verantwortung

## „Unser tägliches Brot gib uns heute“

Prof. Dr. Wolfgang Merbach *Seite 3*

Globalisierung, Migration und Religion

Klaus Baschang *Seite 7*

12 *Zur Ökumenischen Sozialinitiative*
13 *Leserforum*
14 *Aus unserer Arbeit*

# Liebe Leserin, lieber Leser,

*In der Bundesrepublik Deutschland sind die verbrauchende Embryonenforschung und die Keimbahn-Intervention zu Recht verboten, so dass verzwecklichende Manipulation und Selektion ausgeschlossen werden.*

eine Meldung aus dem Bereich der bioethischen Grundlagenforschung hat kürzlich weltweit für besonderes Aufsehen gesorgt: In **Großbritannien** gab die **„Human Fertility and Embryology Authority" (HFEA)** dem Antrag des Francis-Crick-Institutes in London statt, direkte und gezielte Veränderungen im Erbgut lebensfähiger, menschlicher Embryonen, also Keimbahn-Interventionen, vornehmen zu dürfen. Es handelt sich dabei um geplante Experimente an ca. 120 frühen, max. zwei Wochen alten und aus der **Reproduktionsmedizin** stammenden, überschüssigen Embryonen zum Zwecke der Erforschung der genaueren Zusammenhänge beim Verfahren der künstlichen Befruchtung. Im Gegensatz zu Großbritannien ist hierzulande bereits die Grundlagenforschung an menschlichen, embryonalen Stammzellen extrem streng reguliert.

Die für uns in der Union gemeinsam geltende und konfessionsverbindende theologische Grundlage bildet unser **christliches Verständnis vom menschlichen Leben**, das seine unantastbare Würde vom Anfang bis zum Ende von Gott erhält. Der ehemalige EKD-Ratsvorsitzende **Prof. Wolfgang Huber** formuliert dazu Folgendes: „Wer die unverfügbare Würde des Menschen achtet, wird deshalb auch den offenen Anfang des menschlichen Lebens respektieren. Er wird darauf verzichten, eine bestimmte Stufe in der Entwicklung menschlichen Lebens so auszuzeichnen, dass erst jenseits dieser Stufe eine Schutzwürdigkeit dieses Lebens beginnt". In der Bundesrepublik Deutschland sind darum auch die **verbrauchende Embryonenforschung** und die **Keimbahn-Intervention** zu Recht verboten, so dass verzwecklichende Manipulation und Selektion ausgeschlossen werden. Und das ist auch gut so.

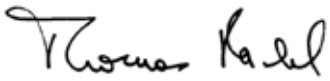
Auch die **Flüchtlingskrise** beschäftigt uns weiterhin intensiv. Sie stellt eine historische Aufgabe besonderen Ausmaßes für unser Land und für Europa dar, die politisch nur besonnen und umsichtig zu lösen ist. Auf der Basis des christlichen Menschenbildes steht für die Union weiterhin unverrückbar fest, dass Menschen, die um Leib und Leben bedroht sind und verfolgt werden, des Schutzes bedürfen. Wer sich also auf die **Werte des christlichen Abendlandes** beruft und sich um das christliche Erbe unseres Kontinents sorgt, sollte zu allererst wissen, dass der **Schutz der Menschenwürde** und die gelebte **Solidaritätsverpflichtung gegenüber den Verfolgten** zu den Grundwerten des vereinten Europas gehören. Gerade um ihretwillen machen wir Christdemokraten gleichzeitig aber auch deutlich, dass nicht jeder kommen kann und unsere Möglichkeiten nun einmal endlich und begrenzt sind. Deshalb gibt es hierfür auch, entgegen allen populistischen Parolen und Schlagworten, keine einfachen Lösungswege. Die derzeitigen, rechtspopulistischen Scheinerfolge und Stimmungen bei den jüngsten **Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland Pfalz werden** in dem Maße wieder verschwinden, wie es gelingt, zu einer gesamteuropäischen Lösung und zu einer drastischen und nachhaltigen Reduzierung der Flüchtlingszahlen zu kommen. Das beinhaltet auch, dass wir gemeinsam die innere und äußere Sicherheit Deutschlands und Europas vollumfänglich durchzusetzen haben sowie die Fluchtursachen in den Herkunftsregionen konsequent bekämpfen.

Für diese gesamteuropäische Lösung und die verantwortliche Haltung der Bundeskanzlerin gibt es nach wie vor eine breite und mehrheitliche Zustimmung in der Bevölkerung. Nur eine europäische Lösung ist auch eine nachhaltige Lösung. Eine Fortsetzung der extrem hohen Flüchtlingszahlen könnte auch ein Land wie das unsere überfordern. Die Bundesregierung unternimmt deshalb alles um diese Situation international, europäisch und national zu bewältigen. Mit der Einstufung als sichere Herkunftsstaaten sind die Zugangszahlen aus dem West-Balkan drastisch zurückgegangen. Das Personal beim BAMF wurde aufgestockt. Es wird ein einheitlicher Flüchtlingsausweis mit Fingerabdrücken eingeführt. Seit Januar wird jeder Flüchtling beim Grenzübertritt registriert. Es entsteht eine einheitliche Flüchtlingsdatenbank. CDU und CSU wollen nun auch zügig die Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsstaaten erklären und das Ausweisungsrecht gegenüber kriminellen Ausländern, für die in Deutschland kein Platz ist, verschärfen. Des Weiteren sollen NATO-Schiffe die Boote im Mittelmeer kontrollieren und die türkische bzw. griechische Küstenwache zur Rückführung in die Türkei informieren. Mit einer Wohnsitzauflage für Asylbewerber und anerkannte Asylberechtigte sollen schließlich Ghettoisierungen gerade in den großen Städten verhindert werden.

Als Christdemokraten sind wir gefordert, Antworten zu geben, zu versachlichen, zu differenzieren. Eine humanitär verantwortliche sowie gleichzeitig maßvolle Asyl- und Flüchtlingspolitik wird deshalb auch künftig christdemokratische Handschrift sein.

**Ein gesegnetes Osterfest Ihnen und Ihren Familien!**

Ihr



***Thomas Rachel MdB***
*Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU*

# „Unser tägliches Brot gib uns heute“

## Neue Weichenstellung für Agrarentwicklung und Welternährung – Ein kritischer Kommentar

*Prof. Dr. Wolfgang Merbach*

Derzeit leiden 0,8 bis 1,0 Mrd. Menschen an chronischem Hunger und ca. 2,0 Mrd. an Mikronährstoff- bzw. Vitaminmangel. 1,1–2,5 Mrd. Menschen leben ohne sauberes Wasser und Sanitäranlagen. Es gibt in den armen Ländern des Südens kaum Zugang zu bezahlbarer Energie (ein Durchschnittsdeutscher verbraucht so viel Energie wie 135 Afrikaner!), Gesundheitsbetreuung und Bildung. Zusätzlich sind weltweit bis 2050 ca. 2,5 bis 3,0 Mrd. Menschen mit Nahrung, Energie, Trinkwasser etc. zu versorgen; deutlich besser als heute und unter schwierigsten Randbedingungen (Klimaerwärmung, begrenzte Ressourcen und Flächen, kriegerische Auseinandersetzungen). Vor der Weltpolitik stehen also gigantische Probleme, die es (unter Einbeziehung neuer Ansätze) zu meistern gilt.

Die vorliegende EKD-Studie reiht sich in entsprechende Bemühungen ein und ist daher zu begrüßen. Nach der Einleitung (Kap. 1), in der unter Bezug auf die seit 1984 verfassten EKD-Verlautbarungen Handlungsbedarf und Ziele formuliert werden, beschreiben die Autoren die Herausforderungen, die sich aus der gegenwärtigen Situation auf den Gebieten von Ernährung, Finanzen, Klimawandel, Wachstum, Ressourcenverfügbarkeit und Regierungshandeln ergeben (Kap. 2) und die allesamt als krisenhaft eingestuft werden. Darauf folgen (Kap. 3) Leitgedanken für nachhaltige Agrarpolitik und Welternährung, aus denen Handlungsempfehlungen zur Ernährungssicherung für die Handels-, Agrar-, Umwelt-, Klima-, Entwicklungs- und Sozialpolitik und die Akteure auf dem Agrar- und Ernährungssektor (Kap. 5) abgeleitet werden. Kapitel 6 widmet sich den Ansatzpunkten und der Verantwortung, die sich für die Kirchen ergeben.

*Wenn der selbst gesetzte Anspruch der Studie, „Handlungsperspektiven“ für „eine neue Weichenstellung der Agrarentwicklung und Welternährung abzuleiten“, erfüllt werden soll, ist eine multidisziplinäre Herangehensweise zwingend erforderlich.*

Schon aus dieser knappen Aufzählung wird die außerordentliche Breite und Vielschichtigkeit der Thematik deutlich. Wenn der selbst gesetzte Anspruch der Studie erfüllt werden soll, aus der gegenwärtigen Zustandsanalyse belastbare „Handlungsperspektiven“ für „eine neue Weichenstellung der Agrarentwicklung und Welternährung abzuleiten“, ist also eine multidisziplinäre Herangehensweise zwingend erforderlich. Betrachtet man den Autorenkreis (Kammer für nachhaltige Entwicklung und Zusatzautoren) und das Quellenverzeichnis unter diesem Blickpunkt, so zeigt sich einerseits ein starkes Übergewicht der „Geisteswissenschaften“ (Theologie, Philosophie, Pädagogik, Sozial-, Wirtschafts-, Politik- und Rechtswissenschaften) gegenüber den „Naturwissenschaften“ (Bio-, Agrar-, Geowissenschaften, Medizin etc). Andererseits erfolgt eine viel stärkere Berücksichtigung von Verlautbarungen und Erhebungen verschiedenster Körperschaften (Kirchen, Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, Verbänden) sowie

„grauer“ Sekundärliteratur im Vergleich zu neuerer, extern begutachteter (Peer-Review-Verfahren) wissenschaftlicher Primärliteratur. Auf Expertenanhörungen wird zwar verwiesen (S. 7), doch sind die Akteure nicht benannt.

Dies alles trägt vielleicht dazu bei, dass die Studie trotz bemerkenswerter positiver Ansätze zumindest aus der Sicht eines Agrar- und Naturwissenschaftlers ein unausgewogenes, zuweilen widersprüchliches Bild vermittelt, das nicht immer den neuesten Wissensstand widerspiegelt. Dazu ist aus Platzgründen hier nur eine exemplarische Diskussion möglich, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

Zunächst soll auf eine Vielzahl bemerkenswerter positiver Ansätze und Empfehlungen eingegangen werden, die sich konzentriert in den Kapiteln drei und sechs (aber nicht nur dort) finden und stark auf theologische, ethische, ökonomische, ökologische und politische Fragen beziehen. Gestützt auf Bibelaussagen (z. B. Gleichnis vom reichen Kornbauern, Lazarus- und Josefsgeschichte) und das Vaterunser wird die globale Ernährungssicherheit als wechselseitig solidarische Aufgabe (Solidargemeinschaft) und die Durchsetzung des Rechtes auf Nahrung als geltende Völkerrechtsnorm dringend angemahnt. Als Angelpunkt eines der christlichen Ethik verpflichteten Handelns (Matth. 25, 40 „Was ihr getan habt einem meiner geringsten Brüder, das habt ihr mir getan“) wird dabei die Hilfe für die Armen und deren Befähigung zu eigenverantwortlichem Handeln herausgestellt. Als weitere Grundsätze stellen die Autoren die Schadensabwehr (Vorsorgeprinzip), den Schutz der Gemeingüter und deren Erhaltung für zukünftige Generationen (Nachhaltigkeit: „den Garten bebauen und bewahren“, Genesis 1,28) als ethisches Leitprinzip heraus („Nicht mehr Holz schlagen als nachwächst“ – vgl. Carlowitz, der als sächsischer Förster diesen Begriff vor > 200 Jahren prägte). Dabei wird Nachhaltigkeit multidimensional verstanden, ähnlich wie es Allen et al (1991)[1] definiert haben: „Nachhaltige Landwirtschaft ist ökologisch tragfähig, ökonomisch existenzfähig, sozial verantwortlich, Ressourcen schonend und dient als Basis für zukünftige Generationen“. Zuzustimmen ist auch der „Ethik des Genug“, bei der Lebensqualität wichtiger ist als unbegrenztes Wachstum, Konsum und Mobilität. Es steht außer Frage, dass dafür ein bescheidenerer Lebensstil besonders in den reichen Ländern notwendig ist. Der Forderung nach Einschränkung der Lebensmittelvergeudung in den reichen Ländern (in Deutschland werden > 50 % weggeworfen)[2], ist uneingeschränkt zuzustimmen, schon deshalb, weil ca. 2,0 Mrd. Menschen an Übergewicht bzw. Fettleibigkeit leiden (S. 35, Kasten 5). Das gilt auch für eine Reihe weiterer praktischer und politischer Empfehlungen, die vor allem auf die armen Länder der Südhemisphäre abzielen. Dazu zählen u. a. Sicherung der Landrechte, Investitionen in multifunktionale Entwicklung und Infrastruktur der ländlichen Gebiete, Einkommenssicherung der Landbevölkerung, politische und juristische Sicherheit, soziale Transfer- und Sicherungsprogramme, Konzentration der Entwicklungszusammenarbeit auf „Hilfe zur Selbsthilfe“ statt wohlmeinender Einzelprojekte (Bildung und Beratung der Bauern, damit sie fachliche und technologische Erkenntnisse für Pflanzenbau und Tierhaltung und dem sachgemäßem Umgang mit Betriebsmitteln erlernen und entsprechend der regionalen Besonderheiten anwenden können), Verhinderung des sog. „Landgrabbings“ und des Verlustes an landwirtschaftlicher Nutzfläche (in Deutschland noch immer 74 ha/Tag), Verhinderung weiterer Abholzung tropischer Wälder (die leider auch der Biospritherstellung (Ölpalme) zugunsten der reichen Länder geschuldet ist!), Erhaltung und Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit, Flächenbindung der Tierhaltung, Ertragserhöhung pro Flächeneinheit, Verminderung von Ernteverlusten (z. T. > 40 % durch Unkräuter, Schädlinge und Pflanzenkrankheiten[3]) bzw. der Lagerungsverluste. Die zahlreichen plausiblen Vorschläge zur Modifizierung der Handels- und Finanzpolitik und zur Erhöhung der Agrarforschung gehören ebenfalls hierher. Viele Aussagen werden durch Hintergrundinformationen (Kästen 1–12) untersetzt, allerdings fehlen zuweilen die Quellenangaben (auch für die Grafik S. 37). Als Christ kann man sich viele dieser Ansätze zu Eigen machen und unterstützen. Dies gilt uneingeschränkt auch für die Aussagen zum Erntedank und Tischgebet (Kap. 6) als Zeichen der Dankbarkeit für „das tägliche Brot“.

Andererseits folgt die EKD-Studie vielfach unkritisch typischen (aber wissenschaftlich nicht belastbaren) Klischees über biologische und agrarwissenschaftliche Zusammenhänge, wie sie vornehmlich im Gedankengut von Bündnis 90/Die Grünen (vgl. Wahlprogramm 2013), Greenpeace, BUND und ähnlich gelagerten Nichtregierungsorganisationen zu finden sind, statt sich mit dem Sachverstand praktischer Landwirte oder den (neuesten) naturwissenschaftlichen Erkenntnissen auseinander zu setzen. Daraus ergibt sich eine Reihe unklarer Aussagen, Widersprüche und sogar Fehleinschätzungen, von denen nachfolgend einige erörtert werden sollen:

**1.** Mineralböden (also die meisten landwirtschaftlich genutzten Böden) sind keine Speicher von (anthropogenem) $CO_2$. Ihr Gehalt an organischer Substanz hat je nach Bodenart ein spezifisches Optimum, das für den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit ausreicht[4] und dessen Überschreitung zu $CO_2$-Emissionen und Stickstoff-(N)-Auswaschung führt. Nur Wiedervernässung von Mooren und Aufforstung können zeitweilig (so lange sie wachsen) zusätzlich C speichern. Wie eine große Zahl von Dauerfeldversuchen weltweit zeigt [4/5], verringert Mineraldüngung den C-Gehalt des Bodens nicht. Der ökologische Landbau erreicht keine höheren Boden-C-Gehalte als eine kombinierte organisch-mineralische Düngung im konventionellen Landbau.

**2.** Reduzierte Bodenbearbeitung (vgl. S. 29) erhöht den C-Gehalt des Bodens nicht, sondern konzentriert diesen auf die obersten ca. 5 cm. Der Hauptzweck für diese Maßnahme sind Energieeinsparung (Pflugverzicht) und Erosionsverminderung und hat mit Großkonzernen (S. 109/110) nur wenig zu tun. Negative Folgen des Pflugverzichts sind erhöhter Unkraut- und Schädlingsbesatz, der durch den kritisierten Glyphosphateinsatz (S. 47), glyphosatresistente Sorten oder (im Ökologischen Landbau) durch zusätzliche Arbeitsgänge (erhöhter Treibstoffverbrauch) bekämpft wird.

**3.** Die in der Studie (S. 29, 39, 41, 46, 48 usw.) vorgetragene Kritik an der Agrarchemie (Mineraldünger, Pflanzenschutzmittel) bedarf der Korrektur. In Europa gilt bei der Düngung (ganz im Sinne von Nachhaltigkeit) der Ansatz, dass der Boden die Nährstoffe ersetzt bekommt,

*Kirchenamt der EKD (Hrsg.)*
**Unser tägliches Brot gib uns heute**
*Neue Weichenstellung für Agrarentwicklung und Welternährung*
*EKD Texte 121, April 2015*
*ISBN-13: 978-3-87843-035-3*
*Broschiert, 188 Seiten*

die die Pflanzenernte entzogen hat. (Man muss diesen Grundsatz aber weltweit beachten!) Dabei werden Wirtschaftsdünger, Ernterückstände und der verfügbare Boden-Nährstoffgehalt berücksichtigt. Das durch den Produktverkauf entstandenen Nährstoffdefizit wird in der Regel (da z. B. Klärschlamm nicht wieder genutzt werden soll, vgl. S. 172) durch Mineraldünger ersetzt, die (im Unterschied zu organischen Düngern) gemäß dem mengen- und zeitmäßigen Pflanzenbedarf eingesetzt werden können und daher weniger auswaschungsgefährdet sind. Erhöhte Nitratausträge entstehen nicht (wie z. B. auf S. 41 aufgeführt) durch Mineraldünger, sondern durch einen übermäßigen (meist nicht flächengebundenen) Viehbesatz mit hohem Stallmist- und Gülleanfall (z. B. Nordwestdeutschland). Die Aussagen der Studie, dass in Westeuropa das 5-fache des Düngebedarfes ausgebracht wird (S. 48, ohne Quellenangabe), darf deshalb bezweifelt werden. In Ostdeutschland und den osteuropäischen Transformationsländern liegt die P- und K-Düngung aus Kostengründen seit Jahren unter dem Bedarf, so dass inzwischen Bodengehaltsdefizite und latenter Mangel zu verzeichnen sind. Ein Verzicht auf Pflanzenschutzmittel (PSM) würde selbst in Deutschland zu 30–40 % Ertragsminderungen führen[3]. Wie in der Studie dargestellt, werden Rückstandshöchstgrenzen in weniger als 1 % der Proben überschritten (S. 45), wobei zu ergänzen ist, dass diese Grenzwerte Sicherheitsfaktoren von 100 einschließen und 96 % der zugelassenen Wirkstoffe keiner Giftklasse angehören, also toxikologisch dem Kochsalz vergleichbar sind. Seit 2000 ist in Deutschland kein Vergiftungsfall eingetreten.[6] In armen Ländern (z. B. Bangladesh) besteht durch die unsachgemäße Anwendung (mangelnde Bildung) ein beträchtliches Anwenderrisiko (S. 46). Erstaunlich ist allerdings, dass gentechnisch veränderte Baumwolle (starke Reduzierung der PSM-Spritzungen)[7] in der Studie keine positive Erwähnung findet.

**4.** Von 1961–2013 stieg die Weltbevölkerung von 3,1 auf 7,2 Mrd., die Ackerfläche aber nur um 11 % an (Daten von FAO-Stat.). Dennoch wuchs die Pro-Kopf-Nahrungsmittelproduktion auf das Doppelte, d. h. pro Flächeneinheit (ha) wurde die Erntemenge global vervierfacht[8] (Reisertrag Indonesien stieg von 1,7 auf 4,4 t/ha), wodurch die befürchteten Hungerkatastrophen ausblieben. Dieser Produktivitätssprung ist der sog. „Grünen Revolution“ zu verdanken, d. h. der Züchtung von Hochleistungssorten bei Reis, Mais und Weizen, die gegen alle öffentliche Skepsis erreicht und mit dem Friedensnobelpreis (N. E. Borlaug) ausgezeichnet wurde. Die EKD-Studie erkennt diese Leistung zwar an (S. 56), wirft aber der „Grünen Revolution“ mit Blick z. B. auf das südliche Afrika Versagen vor (S. 9). Dabei werden aber offensichtlich Ursache und Wirkung vertauscht, denn der Produktionsschub konnte nur dort zum Tragen kommen, wo gleichzeitig ausreichend Düngung erfolgte z. B. in Asien 159 kg/ha Gesamtnährstoff (NPK), geordnete, stabile politische Verhältnisse und ausreichende Infrastrukturen vorlagen und die Hauptkulturen eben Reis, Weizen oder Mais waren. Dies ist z. B. im südlichen Afrika und weiteren armen Ländern nicht der Fall, da dort vornehmlich andere Fruchtarten Bedeutung haben und kaum Düngung erfolgt (Afrika derzeit 18 kg NPK/ha). Dass die Pflanzen dieses niedrige Angebot zwar vollständig aufnehmen (S. 48), aber trotzdem extrem niedrige Erträge haben, kann nicht verwundern. Es fehlen dort politische und rechtliche Sicherheit, Infrastruktur etc., wie in der EKD-Studie ausführlich dargelegt wird. Wenn letzteres (wie in der Studie vorgeschlagen) geändert wird und den Kleinbauern bzw. dem ländlichen Raum Entwicklungschancen geboten werden, könnte eine 2. Grüne Revolution, wie sie die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung und die AGRA-Initiative (Vorsitz Kofi Annan) anstreben, ähnlich erfolgreich wie die 1. Grüne Revolution werden, natürlich unter Berücksichtigung der spezifischen regionalen Bedingungen.

*Es bleibt zu wünschen, dass die EKD künftig ihre bedenkenswerten agrarökologischen und strukturellen Vorschläge stärker mit den Chancen moderner Technologien und neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse kombiniert.*

**5.** Der Aussage der Studie (S. 160), dass der Ökologische Landbau (ÖL) das allgemein anerkannte Leitbild nachhaltiger Landbewirtschaftung sei, ist zu widersprechen. Sowohl in den Agrarwissenschaften als auch unter Praktikern gibt es dazu durchaus kontroverse Diskussionen. Dazu zunächst einige Fakten: Im ÖL sind leichtlösliche Mineraldünger, synthetische Pflanzenschutzmittel und Zusatzstoffe verboten. Deshalb liegen die Erträge um 30–40 % niedriger als beim konventionellen Landbau. Für die Nährstoffversorgung der Pflanzen ist in der Regel ein höherer Viehbesatz erforderlich. Aus beidem resultiert ein höherer Flächenbedarf für gleiche Ernteerträge. Daher wären bei flächendeckendem ÖL zusätzlich 1,1 Mrd./ha Land erforderlich, um die bis 2050 notwendige Erhöhung der Lebensmittelproduktion von 70 % (vgl. S. 22–23) zu erreichen[9]. Diese Fläche müsste (sofern überhaupt verfügbar) der Natur entzogen werden, was gerade nicht nachhaltig ist. Auch die weiteren in der Studie postulierten ökologischen Vorteile des ÖL entsprechen nicht der Realität. Eine bessere Bioproduktqualität ließ sich bislang nicht nachweisen. Durch höheren Krankheitsbefall der Pflanzen (z. B. Gelbrost) und hohen organischen Düngeraufwand kommt es im ÖL eher zur Kontamination mit Mykotoxinen bzw. Mikroorganismen, wie der EHEC-Skandal 2011 zeigte (53 Todesfälle). Auch bei weiteren Indikatoren schneidet der ÖL i. Vgl. zum konventionellen Landbau nicht besser ab. Die Bodenfruchtbarkeit liegt nicht höher, der Boden wird mit Kupfer angereichert (Kupferkalkbrühe im Obstbau), die Energiebilanz ist wegen des höheren Bearbeitungsaufwandes (25 % zusätzlicher Spritbedarf) nicht besser und durch unselektiv wirkende Präparate von Bacterium thuringensis werden auch Nützlinge abgetötet[7]. Lediglich bei der Artenvielfalt schneidet der ÖL besser ab. Allerdings sind bei der biologischen Schädlingsbekämpfung gezüchtete Nutzinsekten (nicht rückholbar) freigesetzt worden und schädigen die heimische Insektenfauna (Bsp. Ostasiatischer Marienkäfer, moldawische Schlupfwespe)[7].

**Zwischenfazit:** a) Der etablierte ÖL kann nicht als Leitbild der nachhaltigen Landbewirtschaftung gelten und auch nicht die Welternährung sichern. b) Die Beurteilung der Nachhaltigkeit sollte nicht an der Wirtschaftsmethode, sondern am Betriebsergebnis festgemacht werden. Dazu gibt es inzwischen Indikationssysteme, z. B. die Kriterien für umweltgerechte Landwirtschaft oder die der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft.[10] Beide werden leider in der EKD-Studie nicht erörtert.

**6.** Die Folgen der Klimaerwärmung werden überzeichnet. Die Studie geht vom extremsten denkbaren Szenario (+4° bis 2100) des Weltklimarates (IPCC) aus. Doch selbst der IPCC-Bericht 2013/14 räumt ein, dass für die Häufung von Extremereignissen (Stürme, Hochwasser, Dürren) keine gesicherten Aussagen möglich sind; Ausnahmen seien nur die Starkregenereignisse. Meeresversauerung (S. 41) gibt es bis dato nicht. In den letzten 20 Jahren zeigte sich lediglich eine nicht signifikante pH-Absenkung von 8,12 auf 8,08 (das liegt im alkalischen Bereich: Neutralpunkt = 7,0). Sie ist auch nicht zu erwarten, weil bei Meereswassererwärmung weniger $CO_2$ (Kohlensäure) gelöst wird. Nicht erwähnt wird in der Studie, dass der menschliche Anteil nur 5 % der globalen $CO_2$-Bilanz ausmacht, wovon weniger als die Hälfte in der Atmosphäre

verbleiben, die in den letzten 60 Jahren zu einem $CO_2$-Anstieg von 0,03 auf 0,04 % geführt hat. Ferner fehlt der Hinweis, dass die Modelle des IPCC durch Annahme von Verstärkungsfaktoren den Heizwert des $CO_2$ um bis das 3-fache hochrechnen und dass (vom IPCC nicht vorhergesagt!) die Globaltemperatur seit 2000 stagniert.[11] Schließlich fehlt der Hinweis, dass $CO_2$ nicht nur ein Treibhausgas, sondern (über die pflanzliche Fotosynthese) essentiell für das Leben und die Nahrungsmittelproduktion ist und 0,04 % $CO_2$ für optimales Pflanzenwachstum meist nicht ausreichen.[11] Inzwischen liegen weltweit Befunde vor, dass erhöhte $CO_2$-Konzentrationen 10–35 % Ertragszuwachs brachten[12], die Vegetation in Savannen und Wüsten um 10 % zugenommen hat (australische Wissenschaftsagentur CSIRO: Satellitenaufnahmen)[13] und der Baumzuwachs in deutschen Forsten seit 1960 um 37–73 % angestiegen ist.[14] Als Ursache gilt ein $CO_2$-Düngeeffekt, der z. T. auf eine $CO_2$-bedingte, effektivere pflanzliche Wasserverwertung zurückgeht.[15] Die in der EKD-Studie befürchteten klimabedingten (eklatanten) Ertragsausfälle sind daher unwahrscheinlich. Es ist zu überdenken, ob die exorbitanten Finanzaufwendungen für die $CO_2$-Absenkung nicht sinnvoller für die Ernährungssicherung und ökonomische Prosperität der armen Länder eingesetzt werden sollten, um so die ökonomische Basis für die Klimaanpassung zu schaffen.[16]

**7.** Die Studie lehnt gentechnisch veränderte Pflanzen ab (z. B. S. 39, 154, 168) und empfiehlt sogar deren Verbot auf Kirchenland (S. 172). Als Begründung für die Ablehnung der Grünen Gentechnik (GG) werden „nicht abschließend bewertete Risiken“ angeführt (S. 64). Dies entspricht nicht den Tatsachen, denn alle namhaften deutschen Akademien (z. B. Leopoldina) haben die GG befürwortet (Erklärung vom 26.02.15), ebenso die Royal Society, die Päpstliche Akademie u. a. m. Heute werden weltweit ca. 170 Mio. ha mit GG-Pflanzen bestellt und es gibt auch bei uns kaum ein Produkt, das nicht mit Gentechnik in Berührung gekommen wäre. Viele Studien, darunter auch eine EU-Studie („A decade of EU-founded GMO-Research“ mit 500 Forschungsteams in 130 Projekten) haben die gesundheitliche und ökologische Unbedenklichkeit der GG festgestellt. Nur die sog. Cartagena-Konferenz betrachtete die GG als Risikotechnologie, wobei aber nur gentechnisch-kritische Nichtregierungsorganisationen, nicht aber Fachwissenschaftler in die Bewertung einbezogen waren. Die grundsätzlich negative Haltung der Studie ist kaum verständlich, und zwar aus mehreren Gründen:

**a** Die „rote Gentechnik“, d. h. die Produktion von z. Z. > 40 Medikamenten durch gentechnisch veränderte Organismen wird von Kirchen und Grünen nicht (mehr!) in Frage gestellt, obwohl die Produkte direkt in den Körper gelangen (z. B. Spritzen von Humaninsulin).

**b** Nach dem Gentechnikgesetz gilt das gezielte Einschleusen eines Genabschnitts aus einem anderen Organismus als Gentechnik, weil die dadurch bewirkte „gentechnische Veränderung unter natürlichen Bedingungen nicht vorkommt“. Abgesehen davon, dass in der Natur seit Jahrmillionen zwischenartlicher Genaustausch vorkommt (also Teil der Schöpfung ist), ist die Einführung eines klar identifizierten Genabschnitts eine sehr präzise und schonende Methode. Das gilt keineswegs für die traditionelle „natürliche“ Mutationszüchtung, bei der das Erbgut durch Radioaktivität oder Chemikalien sozusagen „zerschlagen“ wird, wobei zufällige Erbgutänderungen entstehen. Von diesen wählen die Züchter nur die vorteilhaften Merkmalsträger aus. Die übrigen, nicht bekannten Genabschnitte verbleiben aber weiterhin im Genom und sind somit in vielen unserer Kulturpflanzen enthalten. Für diese Erbgutveränderung wird das Gentechnikgesetz nicht angewendet, weil sonst Züchtung vielfach nicht mehr möglich wäre. Schließlich würden auch die modernen Verfahren der GG (Genom-Editierung bzw. Genchirurgie, z. B. das CPISPR-Cash-Verfahren = gezielte „Umschreibung“ des Erbgutes innerhalb einer Art) nicht unter das Gentechnikgesetz fallen, weil sie keine Spuren hinterlassen. Es wäre deshalb ähnlich wie beim ÖL an der Zeit, Risikobewertungen nicht an Züchtungsmethoden, sondern an die Eigenschaften der entstandenen Pflanzen (also an das Resultat im Einzelfall) zu koppeln (vgl. z. B. Erklärung der Akademien v. 15.02.15).

**c** Die GG allein kann sicher nicht die Welternährungsprobleme lösen (z. B. Kasten 6, S. 39), aber sie kann zu Züchtungsbeschleunigung von besseren Pflanzensorten führen (Dürre-, Krankheits- und Schädlingsresistenz, Nährstoffeffizienz, Qualitätsverbesserung, Ertragsvermögen etc.). Dabei sind weltweit inzwischen deutliche Fortschritte zu verzeichnen, die lt. einer neuen Metaanalyse[17] entgegen den Befürchtungen (S. 118) bei armen Bauern zu Einkommenserhöhungen (66 %), Ertragssteigerungen (22 %) und PSM-Einsparungen (42 %) geführt haben. Als Beispiel soll hier nur die gegen den Baumwollkapselwurm resistente Baumwolle genannt werden, die 2,5 Mill. indischen Kleinbauern zu höherem Einkommen verhalfen, Indien zum Baumwollexporteur gemacht und den Pflanzenschutzmittel-Einsatz stark reduziert hat[7]. Besonders befremdlich ist, dass die Zulassung des sog. „Goldenen Reises“, der Pro-Vitamin A enthält, jährlich Hunderttausenden von Kindern in den armen Ländern das Augenlicht bzw. das Leben retten könnte und zudem noch kostenlos an die Armen abgegeben werden soll, durch Greenpeace seit 15 Jahren verhindert wird[7]. Es ist J. v. Braun[18] zuzustimmen, dass die EKD eine „Neubewertung der Grünen Gentechnik“ vornehmen sollte, die „solche transgenen Produkte, die den Armen helfen und dem Sicherheitscheck standhalten, aktiv fördert“.

**Fazit:** Die EKD hat mit der Studie 121 ein beachtliches Dokument vorgelegt. Trotz mancher Redundanzen, Widersprüche, Unschärfen, Fehler und Weitschweifigkeiten werden bedenkenswerte Vorschläge unterbreitet, wie Ernährungssicherheit, Ressourcen- und Umweltschutz, Nachhaltigkeit durch geeignete Agrar-, Finanz- und Entwicklungspolitik optimaler gestaltet werden könnten, wobei ein Schwerpunkt die armen Länder des Südens sind. Allerdings bleibt zu wünschen, dass die EKD künftig ihre agrarökologischen und strukturellen Vorschläge stärker mit den Chancen moderner Technologien und neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse (im Sinne des integrierten Landbaus) kombiniert. Ohne diesen Schritt, d. h. allein mit leicht modifizierten Kleinbetrieben und klassischem ÖL lassen sich die Welternährungs- und Umweltprobleme sicher nicht lösen.


1 O. Allen et al.: Amer, J. alternative Agric. 6 (1991), 34–39
2 S. Kreuzberger, V. Thurn: De Essensvernichter, Köln 2011
3 H. v. Witzke, S. Naleppa: PSM-Markteffekte_final(2)pdf
4 M. Körschens et al.: Arch. Agron. Soil Sci. 59 (2013), 1017–1040
5 W. Merbach, A. Deubel: The long-term fertilisation trials in Halle (Saale), Germany, Wiesbaden 2007
6 A. v. Tiedemann: Brief an die ARD zur Sendung Plus-Minus v. 14. 10. 2015
7 D. Maxeiner, M. Miersch: Biokost und Ökokult, München 2008
8 W. Merbach: Ev. Verantwortung 11/12 (2008), 6–9
9 N. E. Borlaug: Challengers facing Crop Scientist in the 21th Century 2007, Cicero 7/2008, S. 65
10 G. Breitschuh et al.: Kriterienbewertung der Nachhaltigkeit landwirtschaftlicher Betriebe, KTBL – Workshop Osnabrück 2006, sowie DLG-Nachhaltigkeitsstudie 2015
11 K. P. Dahm et al: Der heutige Klimawandel, Berlin 2015
12 L. H. Ziska, J. A. Bunce: New Phytol. 175 (2007), 607–618; L. Wang et al.: Agric. Ecos. Environment 178 (2013), 57–63
13 R. J. Donohue : Geophysical Res. Letters 40 (2013), 1–5, doi :10.1002/grl.50563
14 H. Pretsch et al. : Nat. Comm. 5 :4967, doi : 10.1038/ncomms 5967 (2014)
15 J. Schulze, W. Merbach : Biol. Fert. Soils 44 (2008), 417–423
16 B. Lomborg, FAZ 15. 5. 2015
17 W. Klümper, M. Qaim: A meta-analyis of the impacts of genetically modified crops, PloSONE 9 (11). doi: 10.1371/journal pone. 0111629 (2014)
18 J. v. Braun: Vortrag 6. Tagung der 11. Synode der EKD Düsseldorf

*Prof. Dr. Wolfgang Merbach* ist Agrarwissenschaftler, war Dekan der Landwirtschaftlichen Fakultät der MLU Halle-Wittenberg und ist im EAK-Bundesvorstand.

# Globalisierung, Migration und Religion

## Vom Wert und der Vernunft des Glaubens in irritierender Zeit

*Klaus Baschang, OKR i. R., Karlsruhe*

Die Völkerwanderung nach Mitteleuropa ist ein besonders eindrückliches Symptom der Globalisierung. Per Fernsehen werden die attraktiven Lebensverhältnisse der Europäer weltweit bekannt, Mobiltelefone ermöglichen effektive Absprachen über die Wege dahin, Selfies machen einladende Werbung. Globalisierung beschränkt sich eben nicht nur auf Warentausch, Finanztransaktionen und Tourismus. In dieser Völkerwanderung sind religiöse Motive wirksam, in den Reaktionen darauf ebenso. Freilich sind sie vom Alltagsgeschehen überdeckt. Wer dieses verstehen will, muss sich der Religionsfrage stellen. Sie verhilft zu einem präziseren Blick.

**Ethische Aporien**

Die Erklärung offener Grenzen Anfang September 2015 durch die Kanzlerin wird mit Recht als „humanitäre Großtat" gerühmt. Eine deutlich absehbare humanitäre Katastrophe auf den Bahnhöfen in Wien und Budapest wurde verhindert. Aber das Gute dieser Tat wurde von vielen daraufhin leider auch als pauschale Einladung nach Deutschland missverstanden. Es ist üblich, mit Max Weber zwischen Gewissensethik und Verantwortungsethik zu unterscheiden. War die Septembererklärung offener Grenzen ein Akt des Gewissens oder ein Akt der Verantwortung? Oder greift diese Unterscheidung in hoch komplexen Situationen nicht mehr? Brauchen wir eine neue Kategorie „Notfallethik", in der die mögliche Korrektur der Entscheidung bereits durch eine gegenläufige mitgedacht ist? Notfallethik muss sofort wirken, kann aber die Verursachung des Notfalls nicht ebenso schnell beheben. Mit Hilfe der sozialen Netzwerke können politische Entscheidungen konterkariert werden, noch ehe sie wirksam werden[1]. Einkalkulierte Korrektur könnte den Vorwurf überheblicher Rechthaberei ersparen.

Die Kirchenführer des Nahen Ostens beschwören ihre Gemeindeglieder, nicht auszuwandern[2]. Die Gemeinden sollen nicht ausbluten, Christen sollen sich nicht gegenseitig im Stich lassen, insbesondere nicht alte, kranke und arme Menschen. Aber zugleich werden Flüchtlinge von engagierten Christen versorgt und hierzulande von Bischöfen vor laufenden TV-Kameras mit Handschlag begrüßt. Was gilt: Kirchentreue oder Nächstenliebe? Warum bekennt sich die Kirche nicht öffentlich dazu, dass auch sie im Dilemma steckt?

Was wiegt mehr: Freiheit oder Sicherheit? Sind Einschränkungen persönlicher Freiheitsbedürfnisse im Interesse gemeinsamer Sicherheit erlaubt? Warum wird dem demokratischen Rechtsstaat nicht zugetraut, dass er diese Abwägung verfassungsgerecht wahrnimmt? Kann dem allgemeinen Sicherheitsbedürfnis noch Rechnung getragen werden, wenn der individuelle Freiheitsanspruch bis ins Maximum gesteigert wird? Grundwerte der Demokratie im Widerspruch zueinander?

Warum ist es den Nachrichtendiensten nicht gelungen, die Schleuserkriminalität – notfalls auch mit Gewalt – zu

beenden? Hat die eifrige Diskussion über die Ethik der Nachrichtendienste deren Wille und Möglichkeiten geschwächt? FRONTEX hat den wichtigen EU-Auftrag, die Außengrenzen der Gemeinschaft zu schützen. Noch gewichtiger ist aber die Pflicht zur Seenotrettung. Sie gilt uneingeschränkt auch für FRONTEX. Mit der Rettung Schiffbrüchiger wird aber zugleich der illegale Zugang zum EU-Gebiet gefördert, den FRONTEX doch verhindern soll. Die unmoralischen Schleuserbanden nehmen FRONTEX moralisch in Pflicht.

**Politische Täuschungen und Selbsttäuschungen**

Migranten helfen unserem Fachkräftemangel auf. Frühzeitige Eingliederung in den Arbeitsmarkt erleichtert nachweislich die Integration. Wird gesagt. Wer sorgt aber zu gegebener Zeit für den Wiederaufbau in den Herkunftsländern, wo genau solche Fachleute gebraucht werden? Ohne anstrengenden Wiederaufbau werden die Fluchtgründe weiter und noch verstärkt wirksam sein.

Es bekomme der deutschen Kultur gut, wenn sie sich mit anderen Kulturen auseinandersetzen und verbinden würde. So wird gesagt. In allen Kulturen sind aber immer auch religiöse Elemente prägend wirksam. Sie wirken auch dann, wenn die Tatsache der religiösen Prägung aus dem Bewusstsein verschwindet. Passt die abendländische Regel „ora et labora“ (bete und arbeite)[3] mit der orientalischen Lebenshaltung „kismet“ (arabisch; deutsch: unabwendbares Schicksal) zusammen? Die Religionsflüchtlinge der Gegenreformation und die Heimatvertriebenen nach 1945 taugen zu Vergleichen nicht. Sie kannten zumindest das Vaterunser, zumeist auch Deutsch. Auch die Frauenfrage, der Begriff der Ehre und ihre Verteidigung, selbst die Staatsidee, die dem Sippenrecht Schranken weist, sind im Islam religiös bestimmt.

Die Terroranschläge in Paris sind absolut unentschuldbar. Mit dem Ausruf „Je suis Charlie Hebdo“ machen sich aber Verteidiger der freien Diskussion zu Förderern einer ätzenden Satire. Die erste Ausgabe 2016 zeigt einen blutverschmierten, älteren, bärtigen Mann mit Trinitätssymbol und Kalaschnikow. „Der Mörder ist immer noch auf der Flucht“, steht dabei. So wird die Freiheit der Kunst zur Freiheit der Hetze. Hetze mit Worten wird – wie die Geschichte lehrt – alsbald zur Menschenhetze. Aber nach dem Dezemberanschlag hieß es einmütig „Wir lassen uns unsere Werte nicht kaputt machen“. Was sind aber unsere Werte? FIFA, VW, Spaß bis zum Umfallen, Selbstbeschränkungen der Medien und der Polizei bei der Aufklärung der Bevölkerung? Der Verzicht auf die Wahrheit in der Migrationsdebatte hat eine Unkultur des Misstrauens ins Land gebracht, unter der an erster Stelle die Migranten selbst zu leiden haben!

Und gehört der Islam zu Deutschland? Der damalige Bundespräsident Wulff hat das behauptet, und viele haben das inzwischen mehrfach wiederholt. Dennoch halte ich das das theologisch für falsch und politisch sogar für gefährlich. Zwar sind die meisten Toten islamischer Gräueltaten Muslime selbst. Das verstärkt aber die Frage, woher denn die hohe Gewaltneigung dieser Religion komme. Es hilft, auf jene Muslime zu hören, die sich für die Entmilitarisierung des Islam einsetzen[4]. Der Religionsgründer selbst hat Gewalt ausgeübt. Er war der Mann einer reichen Kaufmannswitwe, hatte mehrere Frauen und war sogar verantwortlich für 43 Auftragsmorde. Der Unterschied zum Begründer des Christentums ist augenfällig. Beide sind für ihre Anhänger das verpflichtende Lebensmodell. Wenn sich der Islam also nicht von seinen Gewalt begründenden Bezugsquellen trennt, wird er nicht friedlicher werden. Die Ausübung bzw. Legitimierung von Gewalt gegenüber anderen ist bereits im Ursprung des Islam erkennbar und nicht eine Abart. Wer da von Reform redet, täuscht deshalb in gewisser Weise. Denn Reform meint ja eigentlich immer zurück zum Original. Diese Kritik geht gegen den Islam als Religionssystem, nicht gegen seine Anhänger! Diese identifizieren sich sehr unterschiedlich mit dem System selbst. Die Islam-Diskussion in Deutschland muss genau den Muslimen nützen, die sich von dem Islam-System lösen. Sie dürfen nicht enttäuscht werden.

*In allen Kulturen sind immer auch religiöse Elemente prägend wirksam. Sie wirken auch dann, wenn die Tatsache der religiösen Prägung aus dem Bewusstsein verschwindet.*

„Islamisierung“ hat deshalb nichts mit Folklore zu tun. Präzise geht es vielmehr um Kalifat, Theokratie, Gottesstaat, um geistliche Herrschaft mit staatlichen Mitteln. Demgegenüber steht Europäisierung für den Ausgleich zwischen politischer und geistlicher Macht. Die ganze Geschichte des Abendlandes ist von Bemühungen um diesen Ausgleich bestimmt. Nur so kommt es zur Gewissensfreiheit. Ohne sie sind Menschenrechte nicht denkbar[5].

**Die EKD: Volkskirche auf schwierigem Kurs**

Unsere Evangelische Kirche hat auf die Völkerwanderung aus dem arabischen Raum nach Europa größtenteils mit Appellen zur Nächstenliebe und zu Begegnungen mit Flüchtlingen reagiert. Sie sieht in den vielen Helfergruppen der Gemeinden ein deutliches Zeichen der Stärkung des kirchlichen Ansehens. Dem soll nicht widersprochen werden. Die Frage ist: Hilft unsere Kirche auch zu einer theologischen Deutung der gegenwärtigen Erfahrungen? Kann sie der Diskussion in den Medien und den Gefühlen der Menschen zu einer Perspektive verhelfen, in der sich der Glaube als nützlich erweist, auch wenn er die Probleme nicht lösen kann?

Ein wichtiger offizieller Text ist die EKD-Schrift „Christlicher Glaube und religiöse Vielfalt in evangelischer Perspektive“ (s. Kästchen auf S. 9)[6]. Sie setzt sich für die Vielfalt der Religionen ein, wie sie in Deutschland inzwischen Alltag ist. In dieser Vielfalt kommt die Freiheit des Glaubens zum Ausdruck. Dafür steht die evangelische Kirche. Es sei kirchliche Aufgabe, „das Recht des religiösen Pluralismus anzuerkennen und zu stärken“ (21). Im deutschen Verfassungsrecht geschieht das längst[7]. Der Dialog zwischen den Religionen diene dem Frieden und der Freiheit aller. Darum stützt der EKD-Text die Vielfalt. Aber ist religiöse Vielfalt das Endziel der Geschichte? So liest sich die EKD-Schrift. Bei Jesus ist das Endziel der Geschichte das Reich Gottes, das mit ihm begonnen hat (Markus 1, 15 u. ö.), bei Paulus, dass „Gott sei alles in allem“ (1. Kor 15, 28). Bis dahin setzt die Kirche auf die Verpflichtung zur geregelten Gemeinschaft der Glaubenden (communio sanctorum). Religiöse Vielfalt als kirchlicher Leitbegriff? Alle Kleingärtner wissen, dass die Vielfalt der Pflanzen nur so lange schön ist, bis die stärkeren die schwächeren überwunden haben. Der Begriff „religiöse Vielfalt“ ist unbrauchbar. Denn es gibt gute Gründe des Glaubens und der Vernunft, etwa einer Vielfalt sozial ungeregelten Wirtschaftslebens entgegen zu treten. Hat man denn hier übersehen, dass es sogar innerhalb derselben Religion des Islam von Anfang bis heute brutale Kriege zwischen den Sunniten und den Schiiten gibt?[8]

In die nötige politische Diskussion muss die Kirche signifikante Glaubenserkenntnisse einbringen, wenn sie als ernsthafter Diskussionspartner geachtet werden will. Sie muss also Erkenntnisse einbringen, die ihr spezifisch sind[9].

**1.** Die äußere Ordnung des Staatswesens ist eine hervorgehobene staatliche Aufgabe. Die Kirche glaubt, dass Gott die Menschen nicht nur zum Heil führen, sondern auch ihr äußeres Wohl gewährleistet sehen will. Dafür gebraucht sie den Begriff „Schöpfungsordnung“. Das ist gleichsam ein Schutzraum für Individuen. Dazu bedarf es nach innen gerechter und verständlicher Regeln und nach außen verlässlicher Grenzen, die ihre schützende Funktion behalten müssen, damit in das Gemeinwesen auch Menschen aufgenommen werden können, die sonst ohne Schutz wären. Bereits bei den Diskussionen um die Ehe hatte ein EKD-Text

den Begriff Schöpfungsordnung so stark in Frage gestellt, dass er jetzt in der Migrationsfrage nicht mehr hilfreich verwendet werden kann. Die Folge ist der Verrat an der eigenen geschichtlichen Existenz mit ihren beschränkten Möglichkeiten und die illusionäre Utopie einer grenzenlosen Gesellschaft, deren sozialistische Variante als Diktatur und deren kapitalistische Variante als Kampf aller gegen alle in Erscheinung tritt.

**2.** Die europäischen Grenzschutzregeln (Dublin, Schengen) waren durch illegale Einwanderungen geschwächt. Mit der Erklärung offener Grenzen Anfang September wurden sie durch eine regierungsamtliche Entscheidung außer kraft gesetzt. Die danach aufgekommene Angst war vor allem eine Angst vor weiterer Erodierung unseres Rechtswesens. Die Deutschen kennen Menschen fremden Aussehens längst als Nachbarn, Arbeitskollegen, Mitschüler ihrer Kinder, Sportkameraden. Vor ihnen haben sie keine Angst! Die Angst gilt dem Verlust an Rechtstaatlichkeit. – Eine seelsorgerliche Kirche hat solche Angst wahrzunehmen und nicht zu beschimpfen![10] Eine aufmerksame Kirche hätte staatlichen Organen Mut zu machen, die Verlässlichkeit des Rechts den Menschen deutlich zu Bewusstsein und in Erfahrung zu bringen.

**3.** Keine Vorausverurteilung! Gewiss nicht. Wer mit Christen aus anderen Kulturen am Tisch des Herrn zu Gast war, ist davor gefeit. Aber auch keine Vorausentschuldigung. Die Liebe Gottes gilt allen Menschen. Sie will den Menschen aber nicht berührungslos in seinem So-Sein bestätigen, sondern zum Guten hin verändern. Auch in irritierenden Zeiten muss ein Grundelement biblischer Anthropologie beachtet werden: *Ich weiß, dass in mir, das heißt in meinem Fleisch, nichts Gutes wohnt. Wollen habe ich wohl, aber das Gute vollbringen kann ich nicht. Denn das Gute, das ich will, das tue ich nicht; sondern das Böse, das ich nicht will, das tue ich* (Paulus, Römer 7, 18f). – Wer diese tiefe Einsicht unterschlägt, fördert den Illusionismus. Sie wird verdeckt, wenn Bischöfe als geistliche Animateure mit Handschlag Willkommenskultur für Flüchtlinge zelebrieren, als ginge es um eine Wallfahrt oder um die Begrüßung der Fußballweltmeister. Statt Jubel wäre Klage über die Ohnmacht angemessen gewesen, die Menschen aus ihrer Heimat vertreibt und Menschen in den Aufnahmeländern ansteckt.

**4.** Asyl ist ein zutiefst religiöser Begriff, aber mit juristischer Wirkung. Mit Asylregeln und an Asylorten finden Menschen Zugang zur Heiligkeit Gottes. So finden sie Schutz, wenn – modern gesprochen – ihre religiöse Identität bedroht ist. Darum sind Asylanten als „Politisch Verfolgte“ (GG Artikel 16a) von Menschen zu unterscheiden, die aus ihrer Heimat aus ganz anderen Gründen fliehen. Der Streit um Quoten hätte nicht entstehen können, wenn dieser Unterschied beachtet worden wäre. Denn für Asyl im strengen Sinne kann es keine Obergrenzen geben, wohl aber für Schutz und Unterstützung von Menschen, die aus ganz anderen Gründen zu uns kommen. – Dieser Unterschied ist kaum bewusst. So schlecht steht es um die religiöse Bildung im Volk. Auch in der kirchlichen Bildungsarbeit haben andere Themen Vorrang. Selbst für die weltweiten Christenverfolgungen waren viel zu lange nur kirchliche Randgruppen und säkulare Medien aufmerksam, nicht aber Kirchenleitungen, obwohl sie die früherer Zeiten weit übersteigen. Bei den Christenverfolgungen in den Flüchtlingseinrichtungen auf deutschem Boden war es nicht anders.

**5.** Passen Mission und Toleranz zusammen? Toleranz meint: friedliches Zusammenleben von Menschen und Gruppen mit unterschiedlichen Weltanschauungen. Zu diesen Weltanschauungen müssen sich die Menschen offen bekennen. Wenn sie ihr Bekenntnis verstecken, entsteht Misstrauen, Argwohn, Angst – Nährboden für Intoleranz. Mission ist unverzichtbar für das Selbstverständnis zweier Religionen: Christentum und Islam. Im Christentum ist Mission ein freiheitliches Geschehen ohne Zwang. Im Islam ist das anders. Christliche Mission hatte nie die Absicht, politische Herrschaft über missionierte Gebiete auszuüben. Im Islam gehört jedes Gebiet für immer zu dieser Religion, wenn in ihm einmal Muslime gelebt haben. Wieder gilt, wie bei jedem Religionsvergleich mit dem Islam: Die offizielle Lehre ist zu unterscheiden von der persönlichen Einstellung der Gläubigen zu dieser Lehre. – Zur Illustrierung wird gerne auf das Mittelalter zurückgegriffen. Eine Zeit schlimmer Intoleranz, so wird behauptet. Die Wahrheit ist: Die drei großen Religionen Judentum, Christentum und Islam konnten immer so lange ordentlich zusammen leben, so lange Religion und politische Macht einigermaßen getrennt waren. Dann gab es zwar Hierarchien hinsichtlich der bürgerlichen Rechte und der sozialen Verhältnisse, aber im Normalfall kein Blutvergießen[10]. Die Bezugnahme auf das Mittelalter ist Ausdruck reiner Unkenntnis oder der Versuch, Glaubensbekenntnisse als schädlich zu behaupten, um sie aus dem öffentlichen Leben verbannen zu können.

*Für Asyl im strengen Sinne kann es keine Obergrenzen geben, wohl aber für Schutz und Unterstützung von Menschen, die aus ganz anderen Gründen zu uns kommen.*

*Kirchenamt der EKD*
**Christlicher Glaube und religiöse Vielfalt in evangelischen Perspektive**
*Gütersloher Verlagshaus, 2015*
*ISBN-13: 978-3-579-05978-5*
*Broschiert, 79 Seiten*

**Zwischenergebnis:** Über Deutschland ist mit der Völkerwanderung aus dem arabisch-islamischen Raum eine Ohnmacht hereingebrochen, die auch von den Kirchen nicht einfach beiseite geschoben werden kann. Man könnte aber erwarten, dass die Kirchen zu einer genaueren Sicht in die Probleme verhelfen, die religiöse Tiefendimension identifizieren, die Ohnmacht intellektuell und emotional aufhellen. Sie müssten also ihre religiöse Kompetenz bewähren. Stattdessen sind sie dem Verdacht ausgesetzt, sich an der Vertuschung der Realitäten und an der Vermeidung der Wahrheitsfrage zu beteiligen. Besonders schlimm: Sie stehen unter dem Verdacht der Idealisierung des Islam. Die aktuellen Migrationsprobleme stellen den Kirchen aber unabweisbar die Aufgabe, ihre Position in einer globalisierten Welt so zu beschreiben, dass der Nutzen des kirchlichen Glaubens für die erkennbar wird. Dazu sind die Sätze der Wahrheit des Glaubens in solche zu übersetzen, die seinen Nutzen beschreiben.

### Der Streit um die Wahrheit

In der pluralen Welt liegt Wahrheit mit Wahrheit im Streit. Religiöse Wahrheit meint Lebensbezüge und Gemeinschaftsformen und nicht einfach Theorien, für die es sich nicht lohnen würde, das Leben einzusetzen. Woran also können sich Menschen halten, wenn die weltweite Nachrichtenlage vor allem Ohnmachtsgefühle auslöst?

Auch für das Verstehen nationaler Politik fehlen oft orientierende Perspektiven. Gerichtsurteile können so abstrakt sein, dass sie nicht befrieden; so

differenziert z. B. das BVG beim Kopftuch des Islam zwischen positiver und negativer Religionsfreiheit, fragt aber nicht danach, welche Signale von einem religiösen Symbol ausgehen. Den politischen Parteien stehen Aktionsgruppen gegenüber, die im Schutz der Anonymität via Internet wirksame Meinungsbildung betreiben können, ohne sich einer Wahl stellen zu müssen. Wer für sich das Recht freier Meinungsäußerung etwa in Familienfragen oder gar beim Schwangerschaftsabbruch in Anspruch nimmt, wird öffentlich als Hetzer abgestraft und in der bunten Vielfalt der Weltanschauungen als Unkraut diskriminiert, das entfernt werden muss. Kann Religion in diesen Irritationen weiterhelfen?

*Gut ist Religion, wenn sie dem Menschen hilft, eine Persönlichkeit zu werden, wenn sie Frieden fördert, wenn sie in sich reformfähig und zur Selbstkorrektur in der Lage ist.*

**Wahre Religion oder gute Religion?**

Wir sind gewohnt, mit Religion die Wahrheitsfrage zu verbinden. Je persönlicher der Glaube, desto wichtiger seine Wahrheit. Was mich im Innersten antreibt, kann nicht preisgegeben werden. Welche Religion ist aber die wahre Religion? Aus Angst vor weiterer Diskussion sind sogar viele Kirchenleute geneigt, dieser Frage auszuweichen oder das Bekenntnis zu verschweigen, das den Christenglauben auszeichnet. Man muss anders fragen. Nämlich: Was ist eine gute Religion? Dann kann man gute und weniger gute Religion miteinander vergleichen, ohne zugleich auch die persönliche Moral der Religionsanhänger zu bewerten. Dann geht es nicht mehr um die Tiefe der Seelenbindungen, sondern um die Leistungen einer Religion für die Individuen und die Gesellschaft. Dann geht es zuerst um die allgemeine Nützlichkeit und dann erst um die persönliche Wahrheit. Etwa so:

**6.** Gut ist Religion, wenn sie dem Menschen hilft, eine Persönlichkeit zu werden, die die Negativerfahrungen des Lebens verkraften kann und gegen Selbstüberschätzung gefeit ist. Der Mensch kann nur Persönlichkeit werden im Gegenüber zu anderer Persönlichkeit, nicht aus sich selbst heraus. Der dreieinige Gott der Christen ist ein Beziehungsgott – Beziehung zwischen Vater, Sohn und Heiligem Geist, Beziehung zu den Menschen grundlegend in der Taufe, immer wieder aufgefrischt im Abendmahl, gedeutet in der Predigt, im Gebet in Anspruch genommen, mit Gesang gefeiert. In den Lebenskrisen kann ein Gott in himmlischer Isolation nicht helfen. Da braucht es eine beziehungsstarke Religion, die keine Angst macht und auch im „finsteren Tal“ (Psalm 23) Vertrauen stärkt.

**7.** Gut ist Religion, wenn sie Frieden fördert. Frieden ist nicht die Einebnung aller Besonderheiten auf ein kulturell-soziales Zwangsprogramm, das von der Politik vorgegeben wird. Dann wäre Friede = Unterdrückung, Quelle neuer Gewalttätigkeit, Gulag- und KZ-„Friede“. Frieden akzeptiert unterschiedliche Wahrheitsverständnisse, verbietet darum auch nicht unterschiedliche religiöse Bekenntnisse, setzt aber auf Gewaltfreiheit. Gewissen dürfen nicht unterdrückt werden. Die Friedensfähigkeit einer Religion kann verloren gehen. Dann ist Orientierung an ihren Anfängen nötig. Da gibt es den fundamentalen Unterschied zwischen Jesus und Mohammed. Darum hat niemand Verfolgung zu fürchten, der aus einer christlichen Kirche austritt. Anders ist es, wenn sich jemand vom Islam abwendet.

**8.** Gut ist Religion, wenn sie in sich reformfähig ist und zur Selbstkorrektur in der Lage. Biblisch heißt das: zur Buße bereit. Denn alle Religionen stehen in der Gefahr zu entarten. Das Heilige kommt in die Hände der Menschen und muss auch dahin kommen, damit es wirken kann. Aber in den unheiligen Händen der Menschen kann das Heilige ganz unheilig entarten. So entsteht der zurzeit viel gescholtene Fundamentalismus, aber auch die nicht minder gefährliche Beliebigkeit, die jedes Profil verbieten will. Ob Religion gut ist, zeigt sich an ihrer Reformbereitschaft. Die Reformorden des Mittelalters, Luther, Pietismus und Erweckungsbewegung sind Beispiele dafür. Immer geht es darum, in den eigenen Anfängen die Kräfte erneut aufzusuchen, die nötig sind, um das Leben zu bestehen. Sie helfen, spezifische Gefahren zu überwinden: Missbrauch des Politischen für die Religion und Missbrauch der Religion durch das Politische Die Basiskräfte des Christentums waren immer geschichtsmächtig und politisch wirksam. Aber Religion darf nicht in der Tagespolitik auf- und untergehen. Denn so verliert sie ihre Eigenbedeutung[11].

**9.** Gut ist Religion, wenn sie den Menschen hilft, Unterschiede wahrzunehmen. Fortschritt wird nicht durch Gleichmacherei erreicht, sondern durch Differenzieren. Gott und Mensch im Gegenüber, nicht Gott in der eigenen Seele, nicht die Vergottung des Menschen und die Abschaffung Gottes, sodass der Mensch für sich selbst der höchste Wert wird. Sondern Zeit und Ewigkeit unterscheiden: innerhalb menschlicher Zeit können immer nur menschlich begrenzte Ziele menschlich sein, ohne Gottes Ewigkeit wird menschliches Handeln übermenschlich und damit unmenschlich. Ebenso: Irdisches Wohl und ewiges Heil. Mann und Frau, Eltern und Kinder. Wer Differenzierungen aufhebt, zerstört.

**10.** Gut ist Religion, wenn sie über sich selbst hinaus weist und einen Raum der Hoffnung öffnet, der über die Welterfahrung hinaus reicht. Sie darf nicht in sich ihr Genüge haben. Ob Menschen diesen Raum betreten, ist deren Entscheidung. Religion muss hinnehmen, dass das nicht geschieht. Aber sie muss intellektuell überzeugend darlegen, wie sie ihre Hoffnung begründet und was die Menschen von dieser Hoffnung haben. Das Christentum hat solches in seinen Anfängen besonders intensiv versucht: Die Welt war multireligiös, der Christenglaube stand im Wettbewerb mit vielen anderen Religionen, er musste harte Verfolgungen bestehen. Aber genau in dieser Bedrängnis hat sich das Christusbekenntnis profiliert, konzentriert und entfaltet[12]. Der Glaube sollte sich nicht nur in Ritus und Moral darstellen, sondern auch für die Vernunft einsehbar sein. Daraus kann dann auch mehr werden: ein existentielles Verhältnis zu den Einsichten der Vernunft, genauer: ein persönliches Verhältnis zu Gott. Es wird gelebt im Gebet und in der Gemeinschaft mit anderen Glaubenden. Es hebt das Nützlichkeitsdenken auf und stellt sich dem Kreuz Christi. Es mutet sich und den anderen Menschen die Wahrheit zu: ohne Gott auf ewig verloren, mit Christus auf ewig gerettet.

**Lebenshilfe durch Glaubenshilfe**

In dieser Perspektive ist es einigermaßen unverständlich, wenn die EKD in ihrer als „Grundlagentext“ charakterisierten Schrift „Christlicher Glaube in religiöser Perspektive“[13] nur sagt: „Mission ist Zeugnis für die Freiheit, zu der uns Christus befreit hat (vgl. Gal 5, 1).“ (55). Das ist zwar zutreffend, aber nicht zureichend. Wie ist denn diese Freiheit näher zu definieren? Beim EKD-Text erschöpft sich diese in der Freiheit der Religionen in friedlichem Zusammenleben, also in politischer und religionspolitischer Freiheit. Bei Paulus aber geht es aber auch um Christusgemeinschaft. Das ist das Movens seiner Mission, seiner ganzen Theologie. Warum wird das verschwiegen? Verbeugungen vor dem Geist der Beliebigkeit bringen keine Lebenshilfe[14].

Wenn es um die Hilfe in den Irritationen der globalisierten Gesellschaft geht, muss mit Vernunft über Religion diskutiert werden. Die Leistungen der einzelnen Religionen für das Individuum und für die Gemeinschaft müssen aufgezeigt werden. Es geht um die innere Vernunft der Glaubenssätze, um die „Binnenlogik

des Glaubens“ (Wolfgang Vögele). Nur so kann es zu der Glaubensgewissheit kommen, die Lebensgewissheit begründet. In der entgrenzten Weltgesellschaft braucht es Menschen, die sich ihrer Grenzen bewusst sind und dennoch nicht resignieren, frommer Menschen also[15]. Diese Aufgabe bekommt ihr Gewicht durch die Prognose, unsere Gesellschaft würde in zwei bis drei Generationen nicht mehr homogen sein[16].

**Kirche ohne Bekenntnis**

Die globalisierte Welt fordert also die Kirche heraus, ihr Bekenntnis zu profilieren. Nur so erweist sie sich als nützlich für das Gemeinwesen. Dazu gehört auch die Bereitschaft zur Auseinandersetzung und zur theologischen Aufklärung[17]. Der Grundlagentext „Christlicher Glaube und religiöse Vielfalt“ steht in der Gefahr, jeder Besonderheit menschlichen Lebens lehramtliche Dignität zu verleihen, statt sich seelsorgerlich um Menschen in besonderen Lebenssituationen zu kümmern. „Ehe für alle“ und „Genderismus“ sind Beispiele, die nicht nur anmerkungsweise genannt werden dürfen. Inzwischen belehren uns Sozialwissenschaftler über „die Armut der Modernität“ (Peter L. Berger), sprechen von der „postsäkularen Gesellschaft“ und fragen, was wir mit Gott verloren haben und doch nicht verlieren dürfen (Jürgen Habermas), nennen die immer weniger gelingende Weitergabe des bewährten kulturellen Erbes „die Krankheit der Moderne schlechthin“ (Peter Sloterdijk).

Auch die Bibel ist nicht so einfach, wie viele oft meinen. „Vor allem die Liebe“. Aber Gottes Liebe aus Gnaden will die Menschen ändern und nicht so weiterlaufen lassen, wie sie kommen.

Die Religionen sind nicht gleich, sondern sehr verschieden[18]. Das lehrt das Globalisierungsgeschehen. Es ist intellektuell dumm und politisch fahrlässig, von der Gleichheit der Religionen zu reden, sofern das inhaltlich gemeint ist. Hört aber Gott nicht alle Gebete aller frommen Menschen aus allen Religionen? Ich glaube als Christ ganz fest, dass Gott alle meine Gebete hört, auch wenn er nicht alle meine Wünsche erfüllt. Wie er mit den Gebeten der Buddhisten, Muslime usw. umgeht, weiß ich nicht. Das dürfen wir ihm aber auch nicht vorschreiben. Das soll uns jedoch am Sinn unseres Betens nicht zweifeln lassen.

**Europa – Abendland ohne Kreuz?**

Europa ist ein Kontinent des Friedens. Endlich. Das schätzen die Europäer. Auch für andere ist das attraktiv. Es hat Jahrhunderte gebraucht, bis das war. In den Auseinandersetzungen des Abendlandes haben sich die Werte ausgebildet, auf denen der Friede Europas aufruht. Viele streben nach Europa, die von dieser Vorgeschichte keine Ahnung haben. An diesem Frieden haben auch diejenigen Teil, die dem Christentum keinen Geschmack abgewinnen können.

Die Europäische Union hat keine eigene Verfassung. Sie gründet auf Verträgen der beteiligten Staaten untereinander. Sie verpflichten die Staaten zwar zur Einhaltung und Förderung wichtiger Werte, aber diese sind nicht auf einen übergeordneten Sinnzusammenhang wie den Gottesbezug ausgerichtet. Das war damals trotz des starken Engagements von Angela Merkel nicht erreichbar. So kam es zu dem Vertrag von Lissabon, der ein rein säkulares Vertragswerk ist.

Wie geht die Europäischen Union aus der jetzigen Migrationskrise hervor? Was wird aus Europa im Strudel weiterer Migrationsbewegungen weit über den arabischen und nordafrikanischen Raum hinaus?

Ist Europa ein „Christenclub“ oder ein „Verein politischer Werte“? Diese Alternative stammt von Recep Tayyib Erdogan. Sie schlummert auch in Hinterköpfen mancher Europäer selbst. Wenn etwa in dem europäischen Zentralland Deutschland über die Abschaffung des Kreuzes diskutiert wird. Geht Religion kaputt, kann sie aber durch Politik nicht ersetzt werden. Im Gegenteil: Ein Staat ohne Achtung der Religion geriert sich zwangsläufig als perfekter Staat. Er scheitert dann früher oder später an seinen Vollkommenheitsansprüchen. In dieses Scheitern werden auch Ungläubige hinein gezogen, wenn die Kirchen totalitären Staatsansprüchen nicht entgegentreten. Mit der Moral ist es nicht anders. Sie geht kaputt, wenn ihr der Glaube abhanden kommt, der sie begründet.

Die Migrationskrise ist die Chance, die in der Freiheit Europas verborgene Kraft christlichen Glaubens wieder zu entdecken und auch für die Zukunft zur Wirkung zu bringen. Es ist die Kraft der Hoffnung ebenso wie der Mut zur Selbstbegrenzung. Glaube resigniert nicht, er ist aber auch nicht überheblich.

*Klaus Baschang*
war als theologischer Oberkirchenrat Mitglied der Leitung der Ev. Landeskirche in Baden und zuletzt auch ständiger Vertreter des Landesbischofs.

1 *Dennoch gilt Bonhoeffer: „Den größten Fehler, den man im Leben machen kann, ist immer Angst zu haben, einen Fehler zu machen“.*

2 *Erinnerungen an die Alte Kirche werden wach: „Das Blut der Märtyrer ist der Same der Kirche“ (Tertullian, ca. 160–220) oder „Was uns nicht umbringt, macht uns stark“.*

3 *Diese Mönchsregel des Benedikt von Nursia (480–547) wurde rasch zu einem kulturellen Grundmuster des Abendlandes.*

4 *Seyran Ates, Güner Balci, Ghaleb Bencheika, Anwar Ibrahim, Tariq Ramadan, Ayaan Hirsi Ali, Necla Kelek, Hassan Butt, Lale Akquin, Sabatina James, Fatima Mernissi, Nahed Selim, Weta Sultan. Derzeit wichtigste Publikation: Hamed Abdel-Samad, Mohammed. Eine Abrechnung, 2015.*

5 *Vergleiche hierzu die UNO-Menschenrechtsdeklaration von 1948 mit der Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam von 1990, die die Scharia über die allgemeinen Menschenrechte stellt.*

6 *In EV 7+8|15 wurde ihr wesentlicher Inhalt bereits vorgestellt. Jetzt muss aber nach der Bedeutung dieser Schrift für das Christus-Zeugnis in der entgrenzten Weltgesellschaft gefragt werden.*

7 *Die regelmäßigen Forderungen der Bündnis-Grünen und der Muslimverbände nach rechtlicher Gleichstellung des Islam mit Judentum und Christentum verschleiern das. Der Islam müsste endlich selbst die Voraussetzungen dafür schaffen: eine einheitliche Selbstorganisation.*

8 *Die EKD verwendet den Begriff „Vielfalt“ auch in der Ehe- und Familiendiskussion. Auch da ist er kaum brauchbar. Er macht nämlich begründete persönliche Entscheidungen zwischen allen möglichen Lebensformen unnötig und schafft also Unklarheit statt Klarheit.*

9 *Aus ihren Zusammenhängen gerissene Bibelworte von Fremdlingen und Nächstenliebe genügen nicht.*

10 *Dorothea Weltecke (Professorin für Geschichte der Religionen, Konstanz), Religiöser Wahrheitsanspruch und (In-)Toleranz: Juden, Christen und Muslime in gegenseitiger Wahrnehmung im Mittelalter, in: Badische Pfarrvereinsblätter 11/12, Karlsruhe November/Dezember 2015.*

11 *Die Evangelische Kirche versteht sich als eine solche, die sich selbst immer wieder reformieren muss. Dabei geht es aber um Re-Form, um Rückführung auf das ursprüngliche Profil und nicht um das Hüpfen von einem Hype zum Nächsten, von der Problematisierung der Ehe zum Genderismus.*

12 *Das Fachwort heißt „apologetische Theologie“. Sie hat die tragenden Elemente der Dogmatik entwickelt.*

13 *Hrsg. vom Rat der EKD, Gütersloh 2015*

14 *Geradezu ärgerlich der Satz über die Mission „An einen Auftrag, den Seelen Fallen zu stellen, damit sie sich in diesen verfangen, war nicht gedacht“ (55). Wer denn soll je solchen Blödsinn gedacht haben, sodass man sich heute davon distanzieren muss?*

15 *Neuerdings wird „fromm“ durch „spirituell“ ersetzt – und damit der Glaube leichtfüßig, untauglich für den Alltag.*

16 *Diese Prognose ist häufig von Muslimen der zweiten Generation in Deutschland zu hören. Ist das Wunsch oder Warnung?*

17 *Das genaue Gegenteil geschieht, wenn sich Theologinnen und Theologen von tradierten Lehrstücken des Glaubens distanzieren, statt diese ordentlich zu interpretieren, was sie eigentlich in ihrem Studium gelernt haben sollten.*

18 *Für den Islam hatte das vor genau 10 Jahren die „Handreichung des Rates der EKD“ unter dem damaligen Vorsitzenden Wolfgang Huber „Klarheit und gute Nachbarschaft. Christen und Muslime in Deutschland“ aufgezeigt.*

# Zur Ökumenischen Sozialinitiative

Dr. Michael Franz

An der Schwelle zu einem neuen Jahrtausend, im Februar 1997, haben die Spitzen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Deutsche Bischofskonferenz (DBK) das Gemeinsame Wort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ veröffentlicht. Anlass war vor allem eine tiefe Verunsicherung angesichts der Folgen der Globalisierung der Wirtschaft.

17 Jahre später, im Februar 2014, haben EKD und DBK einen Impulstext „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft. Initiative des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz für eine erneuerte Wirtschafts- und Sozialordnung“ mit zehn Thesen vorgestellt. Hierzu fand eine Diskussionsveranstaltung am 18. Juni 2014 in Berlin statt. Auch gab es ein Internetforum hierzu, an der sich der EAK Berlin-Brandenburg beteiligt hat. Die „Gemeinsame Feststellung zur Ökumenischen Sozialinitiative“ von EKD und DBK wurde am 2. Oktober 2015 als Abschluss dieses Diskussionsprozesses vorgestellt.

**Orientierungen als Maßstäbe**

„Als Kirchen können wir keine bestimmten politischen Konzepte auf unsere Fahnen schreiben und ihnen damit einen Heiligenschein geben. Aber wir können einfordern, dass sich die im politischen Raum diskutierten Konzepte an bestimmten ethischen Maßstäben orientieren, die nun allerdings klar benennbar sind. In der Diskussion um unsere zehn Thesen haben sich vier Orientierungen als tragfähige ethische Maßstäbe erwiesen, die aus christlicher Sicht breiten Konsens verdienen,“ so die Gemeinsame Feststellung. Diese Orientierungen sind:

- ein Gerechtigkeitsverständnis, das an der Verbesserung der Situation der schwächsten Glieder einer Gesellschaft ausgerichtet ist,
- ein Freiheitsverständnis, das den Menschen als Gottes Ebenbild versteht und das deswegen persönliche Freiheit immer mit der Verantwortung für die anderen verbindet,
- ein Naturverständnis, das auch die außermenschliche Natur als Schöpfung Gottes sieht und daher ihre Reduktion auf ein Ausbeutungsobjekt für den Menschen zurückweist und ihre „Mitgeschöpflichkeit“ ernst nimmt,
- ein Verständnis des Menschen als Ebenbild Gottes, nach dem Gott allen Menschen die gleiche Würde zuerkennt.

**Weltschau und eigene Verantwortung**

Die Orientierung der EKD und der DBK wird globaler: Während vor zwei Jahrzehnten im Gemeinsamen Wort die Nation der Bezugspunkt war („zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“), ist im Impulstext von einer „gerechten Gesellschaft“ abstrakt die Rede.

Während in dem Gemeinsamen Wort aus dem Jahr 1997 „die anhaltende Massenarbeitslosigkeit“ als „die drängendste politische, wirtschaftliche und soziale Herausforderung“ identifiziert wurde, werden jetzt stärker Problemgruppen des Arbeitsmarktes in den Blick genommen. Es hätte aber der Ökumenischen Sozialinitiative gut getan, wenn der hohe Beschäftigungsstand, der heute erreicht wurde, an zentraler Stelle gewürdigt worden wäre. 1997 gab es in Deutschland 37,9 Millionen Erwerbstätige, 2014 waren es 42,6 Millionen. 1997 gab es 3,8 Millionen Erwerbslose, 2014 waren es 2,1 Millionen. Wie geht die Gemeinsame Feststellung damit um? Es bestehe Anlass, so das 2015er Papier, „ein klärendes Wort zum Verhältnis von Fundamentalkritik und Reformorientierung zu sagen. Beides schließt sich nicht aus, aber beides braucht auch seinen Ort.“ Für die Fundamentalkritik wird Papst Franziskus mit seinen scharfen Worten gegen die bestehende Wirtschaftsordnung angeführt, für die es ähnliche Stimmen auch von den „weltweiten ökumenischen Zusammenschlüssen der reformatorischen Kirchen“ gäbe. Für die Reformorientierung findet ein Bekenntnis zur „öko-sozialen Marktwirtschaft“ statt, die die CDU im Grundsatzprogramm „Freiheit in Verantwortung“ beschrieben hat, das der 5. Parteitag vom 20.–23. Februar 1994 in Hamburg beschlossen hat.

Ein wichtiger Unterschied zum Gemeinsamen Wort war, dass 1997 eines der sechs Kapitel dem Thema „Aufgaben der Kirchen“ gewidmet war. Kernaussage von damals: „Die Kirchen sind als Arbeitgeber, Eigentümer von Geld-, und Grundvermögen, Bauherr oder Betreiber von Einrichtungen und Häusern auch wirtschaftlich Handelnde.“ Sie könnten nicht Maßstäbe des wirtschaftlichen Handelns formulieren und öffentlich vertreten, ohne sie auch an sich selbst und das eigene Handeln anzulegen.

**Kirchliche Wohlfahrtsverbände als Ausdruck des Subsidiaritätsprinzips**

Diese klare Aussage fehlt sowohl im Impulstext aus dem Jahre 2014 als auch in der Gemeinsamen Feststellung aus dem Jahre 2015. Als Erinnerungsposten wird im Schlusswort des Impulstextes eine einschlägige Passage aus dem 1997er Papier zitiert und ein „Prüfauftrag“ formuliert: „Deshalb müssen auch die Kirchen prüfen, welche Veränderungen und Aufgaben für das eigene Handeln sich aus den Fragen der Zeit ergeben.“ Innerkirchlich ist das auf Protest gestoßen. So haben der Evangelische Kirchenkreis Saar-West und der Evangelische Kirchenkreis Saar-Ost in ihrem Beitrag in dem Internetforum der Sozialinitiative empfohlen, eine 11. These hinzuzufügen: „Gemeinsame Verantwortung heißt für den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz aber auch, in eigener Verantwortung einen belastbaren und sichtbaren Beitrag für eine gerechte Gesellschaft zu leisten.“ Die Referentinnen und Referenten des Diakonischen Werks Bayerns kritisierten, dass die „Rolle der kirchlichen Wohlfahrtverbände bei der Initiative für eine erneuerte Wirtschafts- und Sozialordnung nicht in den Blick genommen wurde.“ Für die CDU und die CSU sind die Träger der Freien Wohlfahrtspflege als Ausdruck des Subsidiaritätsprinzips unverzichtbare Säulen unserer Sozialordnung. Vor allem die Träger der Freien Wohlfahrtspflege, aber auch die Selbsthilfeinitiativen sind das Gegenteil von dem von Liberalismus und Sozialismus behaupteten Dualismus von Individuum und Staat: Insbesondere die kirchlichen Träger erbringen wertgeleitete, unverzichtbare und passgenaue Hilfen in sozialen Problemlagen – zwischen Markt und Staat.

*Dr. Michael Franz*
ist Beisitzer im Bundesvorstand des EAK der CDU/CSU und Ministerialrat in der saarländischen Landesverwaltung.

# Evangelisches Leserforum

*Weert Börner,*
**Ein Ostfriese am Rhein**
*Sechzig jahre Christdemokrat im Dienst*
*Bonifatius, Paderborn 2015*
*ISBN 978-3-95721-099-9*
*Gebunden, 491 Seiten, (Preis o.A.)*

Der erste Biograph von Hermann Ehlers und einer der wenigen, noch lebenden Zeitzeugen der frühen Jahre der Christlich-Demokratischen Union (CDU) und des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), legt hier eine äußerst interessante und spannende Lebensbeschreibung vor. Börner, Jahrgang 1930 und ehemaliger Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst von 1983 bis 1987, schildert seine frühe Kindheit in Berlin, die Kriegsjahre, den politischen Neubeginn nach 1945 und die Aufbaujahre sowie ersten Jahrzehnte der jungen Bundesrepublik Deutschland. Er berichtet von den engen Beziehungen zu Hermann Ehlers, dem zweiten Bundestagspräsidenten der Bundesrepublik Deutschland und Begründer und ersten Bundesvorsitzenden des EAK, den er erstmals als junger Student in Bonn auf einer Sitzung des Deutschen Bundestages erlebte und der ihm auf Anhieb gefiel („Er dirigierte überlegen und humorvoll die Versammlung"). Doch auch über viele weitere bedeutsame Persönlichkeiten der Zeitgeschichte erfährt man einiges, z. B. über den damaligen Bundestagsfraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Heinrich von Brentano, dessen persönlicher Referent Börner war, und Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel (im EAK-Bundesvorstand von 1970 bis 1986), für den er eine Zeit lang Reden schrieb. Später gehörte Börner zum engeren Mitarbeiterkreis des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten und langjährigen EAK-Bundesvorstandsmitgliedes (sowie zeitweiligen stellvertretenden EAK-Bundesvorsitzenden) Gerhard Stoltenberg. In der ereignisreichen Phase der Jahre 1989/90 wirkte er außerdem als vom Deutschen Bundestag entsandter Berater bei der Präsidentin der Volkskammer der DDR, Sabine Bergmann Pohl. Ein sehr lesenswertes, persönliches „Panoptikum" eines Lebens im Zeichen einer über sechs Jahrzehnte währenden, aktiven CDU-Mitgliedschaft.

*Empfehlung* *****

*Jörg Albrecht,*
**Die große Kraft der kleinen Tode**
*SCM, Witten 2016*
*ISBN 978-3-417-26725-9*
*Gebunden, 164 Seiten, 12,95 EUR*

Weder im Stil noch im Sine der spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen *Ars-moriendi*-Literatur mit ihren düsteren Ausmalungen und drastischen Vergegenwärtigungen des menschlichen Sterbens und seiner Endlichkeit kommt dieses Buch daher, sondern als weiser Ratgeber zur Entdeckung der Kostbarkeit des eigenen Lebens. Wenn im Loslassen „die Geburt der Gelassenheit" (M. Beutel) stattfindet, wird deutlich, dass das Gedenken an das eigene Sterben-Müssen *(Memento mori)* dem neuen Leben und nicht dem Tode dient. Der Autor, Pastor und Referent für das evangelikale Willow Creek, vermittelt dies durch tiefgründige, anregende und inspirierende Beispiele aus der Bibel und auch durch zahlreiche lebenspraktische (Ein-)Übungen. Das Buch gliedert sich dabei in drei Hauptteile: „Das Sterben bedenken", „Sterben üben, um zu leben" und „Auf dass wir klug werden – was uns wirklich Halt gibt". Der Autor macht sehr gelungen deutlich: „Das Leben ist umkämpft. Und heute mehr denn je verschüttet, vergraben, tief verborgen unter der Oberfläche unserer Zerstreutheit und unseres permanenten Beschäftigtseins. Es ist bedroht durch unser Getriebensein, unseren Drang nach Konsum und Unterhaltung. Das wahre Leben ist zutiefst unsicher geworden. (...) Der Albtraum des verpassten Lebens ist, die ganze Zeit im Vergnügungspark in einer Schlange angestanden zu haben – um am Ende festzustellen, dass es die falsche war. (...) Der Tod kann uns die Augen dafür öffnen, dass die Begrenzung unseres Lebens etwas Einmaliges, sogar Positives ist."

*Empfehlung* *****

# Impressum


***Meinungen und Informationen***
aus dem Evangelischen Arbeitskreis
der CDU/CSU

***Herausgeber***
Thomas Rachel, Dieter Hackler,
Norbert Kartmann, Sabine Kurtz,
Christine Lieberknecht, Christian Schmidt

***Redaktion***
Dr. Johanna Schulze, Christian Meißner (V. i. S. d. P.)
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,
Tel.: 030/22070432, Fax: 030/22070436,
E–Mail: eak@cdu.de, www.eakcducsu.de

***Konto***
Commerzbank Berlin
BLZ 100 400 00
KontoNr. 266 098 300
IBAN: DE79 1004 0000 0266 0983 00
BIC: COBADEFFXXX

***Autoren***
Prof. Dr. Wolfgang Merbach, Klaus Baschang,
Dr. Michael Franz

***Druck*** Druckerei Conrad

***Gestaltungskonzeption/Realisation EV:***
Agentur kollundkollegen, Berlin

***Fotonachweis***
Titelbild: © Merbach
S. 3: istockphoto © Rike_
S. 7: istockphoto © EOPITZ
S. 14: © EAK Berlin-Brandenburg
S. 15: oben © Archiv Feist
S. 15: unten © EAK/Schulze, IGFM



Nachdruck © EAK – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Ein Belegexemplar wird erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber. *Papier: 100 % chlorfrei*

# „Fluchtursachen bekämpfen“

## Der EAK Berlin-Brandenburg und die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) luden zum entwicklungspolitischen Dialog

**Das Thema hätte aktueller nicht sein können: Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Berlin-Brandenburg und die Konrad-Adenauer-Stiftung luden zu einer Vortragsveranstaltung mit Podiumsdiskussion zum Thema „Situation der Flüchtlinge verbessern, Fluchtursachen bekämpfen“. Und rund 250 Interessierte waren der Einladung gefolgt.**

In seiner Begrüßung betonte der EAK-Landesvorsitzende Hans-Georg von der Marwitz: „Wenn wir in Deutschland von einer Herausforderung durch die syrische Flüchtlingskrise sprechen, vergessen wir schnell, dass die Hauptlast auf den Schultern der direkten Nachbarn in der Türkei, Jordanien und dem Libanon ruht.“

Als Mitglied der Bundesregierung beteiligte sich der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Entwicklungszusammenarbeit, Thomas Silberhorn. In seinem ausführlichen Eingangsreferat erläuterte der Staatssekretär die umfangreichen Maßnahmen in den Nachbarstaaten Syriens. Vor allem der Dreiklang „Nahrungsmittelversorgung – Schulbildung – Arbeit“ kennzeichne das Engagement des BMZ und seiner internationalen Partner. Andere Bereiche, in denen die Bundesrepublik Entwicklungsorganisationen unterstützt, umfassen Infrastruktur, Wasserversorgung sowie Abwasser- und Abfallmanagement.

Gleichzeitig wies Silberhorn auf andere Aufnahmeländer hin, wie Äthiopien, wohin der Krieg die Menschen aus Eritrea und dem Südsudan treibe, oder Pakistan, wo drei Millionen Afghanen Zuflucht suchten. Staatssekretär Silberhorn hält es vor diesem Hintergrund für dringend nötig, sowohl international als auch vor Ort Partner zu gewinnen. Entwicklungspolitische Alleingänge seien zwecklos. Mit Blick auf die weitere Entwicklung verwies Silberhorn auf die wachsende Zahl von Klimaflüchtlingen und die demographische Entwicklung in Afrika.

*Begrüßung durch Hans-Georg von der Marwitz MdB, Ländervorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Berlin–Brandenburg*

*Podiumsdiskussion mit Christian Kremer, stellv. Generalsekretär der Europäischen Volkspartei (EVP), dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Thomas Silberhorn, und Nils Wörmer, Leiter des Auslandsbüros Syrien/Irak der Konrad-Adenauer-Stiftung*

In der anschließenden Debatte erläuterte Christian Kremer, stellvertretender Generalsekretär der Europäischen Volkspartei, die europäische Dimension der Debatte und forderte angesichts der Probleme des Dublin-Systems einen neuen europäischen Rahmen. Grenzsicherung und Aufnahmeeinrichtungen an den EU-Außengrenzen sowie ein europäisches Asylrecht sollen die Flüchtlingskrise entschärfen.

Nils Wörner, Leiter des KAS-Auslandsbüros Syrien und Irak, beschrieb die Auswirkungen des syrischen Bürgerkriegs, der seit bald fünf Jahren die Region destabilisiert. Er schilderte eindrücklich die aussichtlose Lage in den Flüchtlingslagern, in denen Kinder und Jugendliche die Hälfe der Bevölkerung ausmachten. Mit seiner Kritik an der mangelhaften Deckung des Welternährungsprogramms, das lediglich zu 45 % ausfinanziert ist, stimmte er dem Staatssekretär zu, dass das internationale Engagement weiter erhöht werden muss.

Entwicklungspolitisches Ziel muss es sein, da waren sich alle Podiumsteilnehmer einig, den Menschen vor Ort eine Perspektive zu bieten, um Flüchtlingsbewegungen einzudämmen und der Region eine Zukunft nach dem Krieg zu sichern.

# *Luthers Kleiner Katechismus wird jetzt für Blinde lesbar*

*V.l.n.r.: Dr. Feist MdB, Prälat Dr. Dutzmann, Rachel MdB*

Rechtzeitig vor dem Reformationsjubiläum 2017 wird nun ein wichtiger Text Martin Luthers erstmals für Blinde lesbar, auch auf Initiative und Unterstützung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) hin.

Martin Luthers Kleiner Katechismus – der wohl bekannteste Text des Reformators zur Unterweisung in die theologischen Grundbegriffe des Christentums – wird auf Initiative des Leipziger Bundestagsabgeordneten und Landesvorsitzenden des EAK-Sachsen, **Dr. Thomas Feist MdB**, nun in Braille-Schrift übertragen. Vorausgegangen war dem eine Anfrage der ebenfalls in Leipzig beheimateten Deutschen Zentralbücherei für Blinde, die Feist bat, die Patenschaft für ein Buch seiner Wahl zu übernehmen, das in Braille gesetzt werden sollte.

Unterstützung für das Vorhaben erhielt Feist vom Bundesvorsitzenden des EAK, **PSt Thomas Rachel MdB**. Gemeinsam mit einer Reihe von EAK-Landesvorsitzenden schrieben Sie einen Brief an die Vertretung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union, und fragten nach Fördermöglichkeiten für die vierstellige Summe, die zur Übertragung in Braille aufzuwenden ist. Bei **Prälat Dr. Martin Dutzmann**, dem Bevollmächtigten des Rates der EKD, traf ihr Anliegen auf offene Ohren. Innerhalb weniger Tage wurde der benötigte Betrag von der EKD zur Verfügung gestellt, so dass die Übertragung von Luthers Kleinem Katechismus in Braille-Schrift sehr kurzfristig schon in diesem Jahr erfolgen kann.

Der Direktor der Deutschen Zentralbücherei für Blinde, **Prof. Dr. Thomas Kahlisch**, freute sich über diese prompte Unterstützung. Auch der EAK sagt Danke für die unbürokratische und schnelle Mittelzusage durch die EKD. Dass Luthers Kleiner Katechismus bald auch für Blinde lesbar sein wird, ist ein schönes Signal zum Reformationsjubiläum.

# *Pastor Abedini ist frei!*

*V.l.n.r.: Jürgen Klimke MdB, Martin Lessenthin (IGFM), Naghmeh Abedini, die Ehefrau von Saeed Abedini, und Thomas Rachel MdB, Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU*

Gemeinsam mit der „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte“ (IGFM) hatte sich der EAK im letzten Jahr in einer großen, bundesweiten Unterschriftenaktion für die Freilassung des iranischen Konvertitenpastors **Saeed Abedini** eingesetzt. Bereits im Mai 2015 traf sich der EAK-Bundesvorsitzende und Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), **Thomas Rachel** MdB, zusammen mit dem Hamburger Bundestagskollegen **Jürgen Klimke** und dem Sprecher und Mitglied des Vorstandes der IGFM, Martin Lessenthin, mit der Ehefrau **Naghmeh Abedini**, die mit den gemeinsamen Kindern in den Vereinigten Staaten lebt. Frau Abedini berichtete in bewegender Weise über die schier unfassbaren Zustände, die ihr seit 2013 wegen „Gründung von Hauskirchen“ und „Gefährdung der nationalen Sicherheit“ zu acht Jahren Haft verurteilte und daraufhin inhaftierte Mann immer wieder zu erleiden hatte. Vor seiner Haftentlassung, wurde ein Brief von ihm an seine Familie aus dem Gefängnis herausgeschmuggelt, in dem er von erlittener physischer und psychischer Folter berichtete. Zudem sei ihm mehrmals gesagt worden, er würde für seinen christlichen Glauben „gehängt werden“. Seine Familie wurde wiederholt abgewiesen, als sie ihn besuchen wollte. Im Evin-Gefängnis im Nordwesten Teherans wurden bereits während der Schah-Zeit politische Gefangene inhaftiert. Es ist berüchtigt für seine unmenschlichen Haftbedingungen. Laut Augenzeugenberichten werden die Häftlinge dort täglich erniedrigt, gedemütigt und gefoltert. Zudem ist das Gefängnis, das ursprünglich für 320 Personen ausgelegt war, chronisch überbelegt. Im Januar 2012 sollen dort rund 8000 Häftlinge zusammengepfercht gewesen sein. Der EAK-Bundesvorsitzende hatte nach dem gemeinsamen Treffen seine Unterstützung zugesagt und sich auch in einem Protestschreiben direkt an den iranischen Botschafter in Deutschland gewandt. Am 16. Januar 2016 wurde Pastor Abedini freigelassen.

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

*„Gott erweist seine Liebe zu uns darin, dass Christus für uns gestorben ist, als wir noch Sünder waren."*

*(Röm. 5,8)*

Was für eine weltbewegende und grundstürzende Botschaft des christlichen Glaubens: Gott thront nicht als ferner, absolutistischer Herrscher überm Sternenzelt, sondern wird einer von uns: ganz Mensch. Gott leidet mit uns, Gott lässt sich sogar schmähen, beleidigen, quälen und ans Kreuz nageln.

Das bedeutet für uns: Das bestialische Folter- und Todeswerkzeug des Kreuzes, von gottlosen Menschen ersonnen wie alle Folter- und Todeswerkzeuge dieser Welt, und der Tod selbst sind gerade nicht das Ende. Gott setzt vielmehr einen neuen Anfang: Ostern – Licht, Liebe, Hoffnung, Leben! Wo Menschen nur noch den Tod sehen und sich diesen auch selbst gegenseitig in der Weltgeschichte bis zum heutigen Tage unaufhörlich bereiten, überwindet der liebende und neues Leben schaffende dreieinige Gott unsere irdischen Teufelskreise ein für alle Mal.

Passion und Auferstehung Jesu können und dürfen nicht voneinander getrennt werden. Beides gehört zusammen. Glück und Leid, Licht und Finsternis, Verzweiflung und Hoffnung, Anfang und Ende, Leben und Tod gehören auch in unser aller Leben untrennbar zusammen. Unser menschliches Leben ist von einer erschreckenden Vorläufigkeit, Zerbrechlichkeit und Endlichkeit gezeichnet. Das ist auch, was nicht zuletzt seine Kostbarkeit, Würde und Einzigartigkeit ausmacht! Gerade in der Politik sollte man sich das übrigens immer wieder vor Augen führen. Das bewahrt auch vor Ideologien, moralischen Überforderungen und Allmachtsphantasien aller Art und verleiht einen verlässlichen Kompass!

***Thomas Rachel MdB,***
*Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU*